



# INTERGENERATIONELLER PAKT FÜR EUROPA

## 2026–2029

### Miteinander für Europa

#### Vorwort

Das internationale System befindet sich in einer Krise und Europa steht vor beispiellosen Herausforderungen, einschließlich eines dramatischen Krieges innerhalb seiner Grenzen. Konflikte, Benachteiligungen und die Klimakrise stellen globale Bedrohungen dar. Als Antwort darauf bedarf es Lösungen, die ebenso global sind – nicht nur im Raum, durch die internationale Ausweitung des Multilateralismus, sondern auch in der Zeit, durch die Einbindung jüngerer Generationen in das öffentliche Leben. Als Reaktion auf diesen Bedarf schlagen junge Menschen, die Teil des Netzwerks christlicher Gemeinschaften und Bewegungen namens *Miteinander für Europa*<sup>1</sup> sind, den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Fachleuten der europäischen Öffentlichkeit einen „Intergenerationellen Pakt für Europa“ vor. Dieser basiert auf den christlichen Wurzeln und den Prinzipien des Friedens, der Menschenwürde und des Gemeinwohls, verstanden in ihrem universellen und inklusiven Sinne.

#### Unsere Verpflichtung

Viele junge Menschen sehen Europa heute als den natürlichen Raum an, in dem sie sich frei bewegen, studieren, arbeiten und aktiv an seiner Entwicklung teilhaben können. In der Erkenntnis, dass die gegenwärtigen Herausforderungen ein größeres Engagement und die Übernahme voller Verantwortung erfordern, verpflichten wir uns dazu:

- **Räume für Begegnung, Dialog und Versöhnung** zwischen den verschiedenen politischen Strömungen Europas zu schaffen, mit besonderem Augenmerk auf vom Krieg zerrüttete Situationen;
- **die europäische Staatsbürgerschaft zu fördern**, die bedauerlicherweise immer noch als schwach wahrgenommen wird, und eine fundierte Teilnahme am demokratischen Leben anzuregen;
- **Prozesse hervorzuheben**, die eine sozioökonomische Entwicklung auf der Grundlage von ökologischer Nachhaltigkeit, Inklusion und Generationengerechtigkeit fördern.

Durch die Organisation internationaler Treffen und die Initiierung von Prozessen zur Unterstützung der Friedensinitiativen europäischer Institutionen werden wir jungen Menschen neue und kreative Kommunikationswege etablieren, um diese Ziele zu erreichen.

Im Einklang mit der von uns eingegangenen Verpflichtung fordern wir die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und führende Persönlichkeiten des nationalen und europäischen öffentlichen Lebens auf:

- **Initiativen zu fördern**, die den Dialog zwischen den Generationen über europapolitische Fragen erleichtern, insbesondere in den Bereichen Frieden und Entwicklung;
- **praktische Formen der Jugendbeteiligung** an Entscheidungsprozessen zu unterstützen, auch durch die Entwicklung von Konsultations- und Beratungsinstrumenten;
- **Möglichkeiten für jüngere Generationen zu schaffen**, sich an der Gestaltung der öffentlichen Politik zu beteiligen, insbesondere in Sektoren, die für die Zukunft Europas von strategischer Bedeutung sind;
- **die Rolle der jüngeren Generationen** als integralen Bestandteil demokratischer Prozesse anzuerkennen.

## Fazit

Der „Intergenerationelle Pakt für Europa“ ist ein konkreter Vorschlag für diesen Teil der EU-Legislaturperiode 2026–2029. Er fordert Gegenseitigkeit, damit es durch die Zusammenarbeit zwischen den Generationen möglich wird, ein inklusiveres Europa aufzubauen, das in der Lage ist, sein demokratisches Leben zu entfalten und seinen Auftrag zu Frieden und Solidarität zu erneuern.

<sup>1</sup> *Miteinander für Europa* ist ein Weg der Gemeinschaft, ein freiwilliger Zusammenschluss christlicher Gemeinschaften und Bewegungen aus verschiedenen Kirchen, die über den ganzen Kontinent verteilt sind. Unter Wahrung ihrer Autonomie arbeiten sie als Netzwerk an gemeinsamen Zielen und bringen unter Respektierung der Vielfalt ihre eigenen Charismen ein. Seine sozialen und kulturellen Ziele sind in den „sieben Ja“ zusammengefasst: zum Leben, zur Familie, zur Gastfreundschaft, zur Schöpfung, zur Gerechtigkeit, zum Frieden und zur Gegenseitigkeit (siehe [www.together4europe.org](http://www.together4europe.org)).



Co-funded by  
the European Union